



Industriestandort Deutschland: Strukturschwächen beseitigen

DIHK-Umfrage im Netzwerk Industrie 2023

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

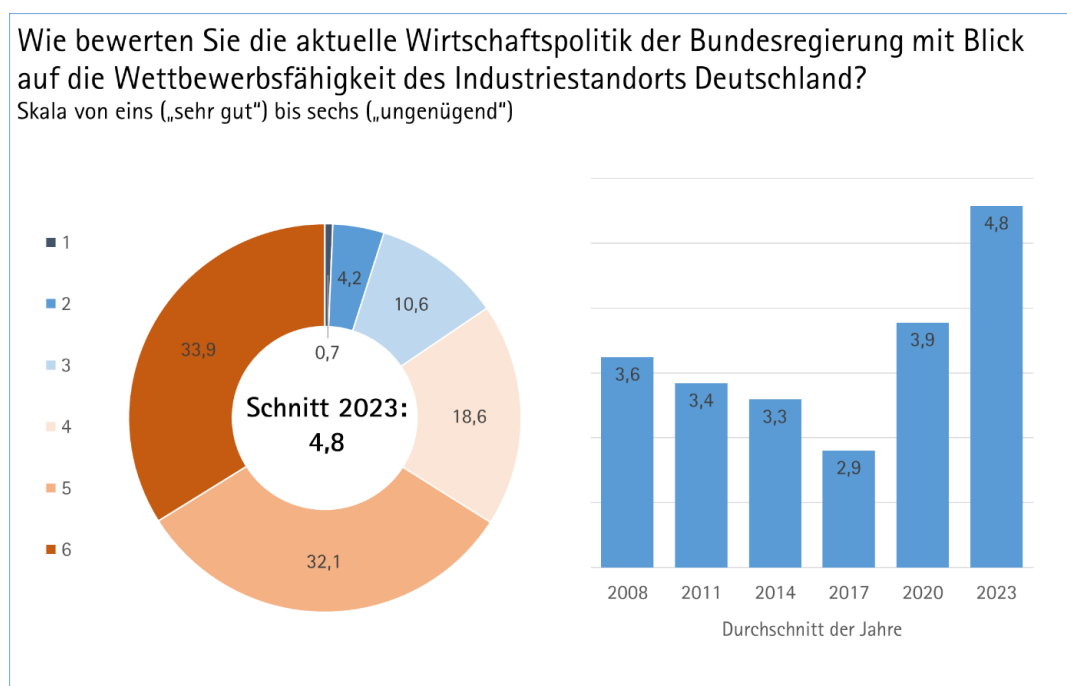
Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Das Wichtigste in Kürze:

- So schlecht wie nie zuvor bewerten die Unternehmen die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Mit der Note 4,8 fällt die Einschätzung der Betriebe eine Notenstufe schlechter aus als noch vor drei Jahren (3,9). Stärker denn je treten die Strukturschwächen am Industriestandort Deutschland hervor. Strukturelle Defizite treffen auf eine alarmierende konjunkturelle Entwicklung. Die Wettbewerbsfähigkeit des Netzwerk Industrie als enger Verbund von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern droht zu erodieren.
- Die Unternehmen bewerten nahezu alle 24 Standortfaktoren im Vergleich zur Vorumfrage 2020 schlechter. Lediglich die Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten bleibt in der Einschätzung unverändert bei 4,3. Der ungewichtete Mittelwert aller Bewertungen rutscht mit 4,0 auf den Tiefpunkt seit Umfragebeginn 2008 (2020: 3,6; 2017: 3,3; 2014: 3,2).
- Schlusslicht bei der Bewertung der Standortfaktoren sind erneut die „Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen“, die Betriebe zu erfüllen haben. Die Bewertung verschlechtert sich weiter auf mangelhafte 5,2 (nach 4,8). Auch die „Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie)“ landet bei den Unternehmen auf den hintersten Plätzen (5,0, 2020: 4,4). Besonders unzufrieden zeigen sich die Firmen außerdem mit der „Höhe der Energiekosten“, die ebenfalls mit 5,0 (2020: 4,5) eingestuft werden. Der Standortfaktor Energiekosten rutscht damit unter die schlechtesten drei der Standortfaktoren. Besonders alarmierend: Die „Energieversorgungssicherheit“ befindet sich mit der aktuellen Bewertung von 3,4 nur noch im Mittelmaß. In der Befragung vor drei Jahren war dies noch der Standortfaktor mit der besten Bewertung. Die Benotung der Energieversorgungssicherheit verschlechtert sich gegenüber der Vorumfrage so stark wie bei keinem anderen Standortfaktor (3,4; 2020: 2,6).
- Dauerbaustellen bleiben die „Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren“ und das Steuerrecht. Die Bewertungen der Planungs- und Genehmigungsverfahren verschlechtern sich weiter auf 4,9 (nach 4,7 in 2020). Zwar haben Bund und Länder im November 2023 mit dem Pakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zahlreiche gesetzliche Maßnahmen beschlossen. Diese müssen allerdings noch in alle relevanten Gesetze des Planungs- und Genehmigungsrechts umgesetzt werden. Als mangelhaft werden schließlich auch die Komplexität und Praxistauglichkeit des Steuerrechts (4,8 nach 4,6) sowie die Höhe der Steuern und Abgaben (4,7 nach 4,4) eingeschätzt.
- Die beste Bewertung aller Standortfaktoren geben die Unternehmen der „Vernetzung von Forschung/Hochschulen mit Unternehmen“ (2,9, 2020: 2,8). Auch die „Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort“ ist befriedigend (3,0 nach 2,7).

Mangelhaft für die Standortpolitik

So schlecht wie nie zuvor bewerten die Unternehmen die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland. Mit 4,8 fällt die Einschätzung eine Stufe schlechter aus als noch vor drei Jahren (3,9). Der Standort ist akut versetzungsgefährdet und eher Hemmschuh statt Motor auf dem Weg in die Zukunft, die von Digitalisierung, Dekarbonisierung und einem zunehmenden demografischen Wandel geprägt ist.



Nahezu alle Standortfaktoren verschlechtern sich

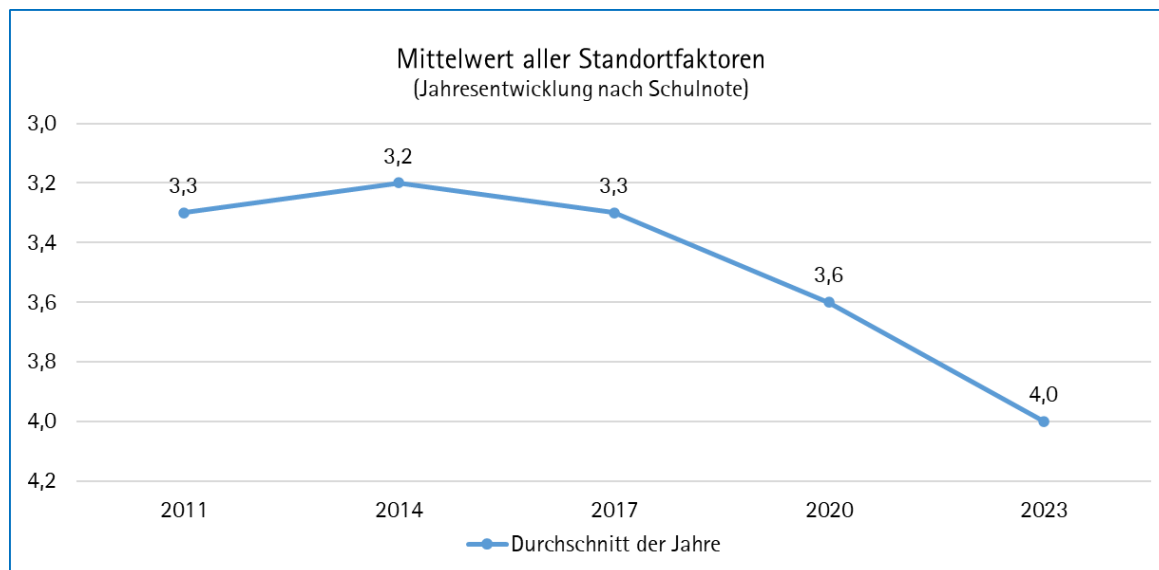
Bei der Bewertung der 24 Standortfaktoren nehmen die Unternehmen deutliche Abstriche vor. Bis auf die Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten, die unverändert mit 4,3 bewertet wird, verschlechtert sich die Bewertung der anderen Standortfaktoren.¹ Der Mittelwert der Bewertungen rutscht mit 4,0 auf einen historischen Tiefpunkt (2020: 3,6; 2017: 3,3).

Dauerhemmnis: Bürokratische Belastungen

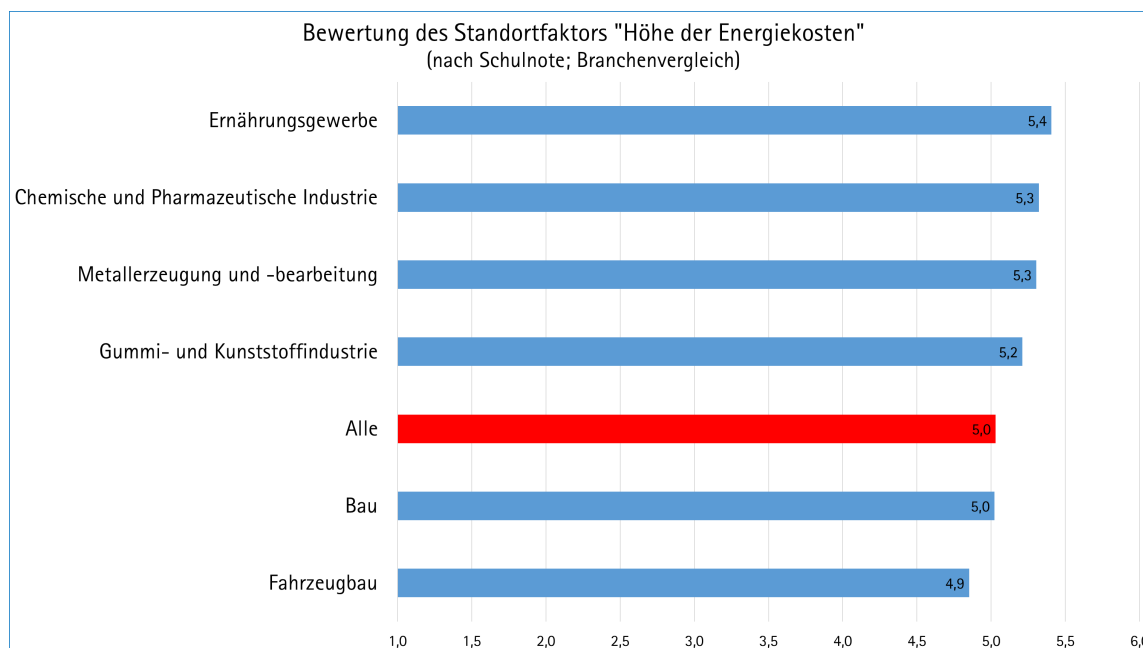
Schlusslicht bei den Standortfaktoren mit einer Einstufung von 5,2 (2020: 4,8) sind abermals die Fülle und mangelnde Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen, die Betriebe zu erfüllen haben. Auch die Effizienz der Behörden (inklusive Bürokratie) erhält mit 5,0 (2020: 4,4) eine mangelhafte Bewertung. Sogar noch schlechter fällt die Einschätzung in der Chemie- und Pharmabranche aus – sowohl bei den bürokratischen Auflagen (5,3) als auch der Effizienz der Behörden (5,1). Diese Branchen sind durch zahlreiche Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, aber

¹ Der Standortfaktor „Einhaltung zusätzlicher Rechtsvorschriften gegenüber ausländischen Mitbewerbern (z. B. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) wurde 2023 erstmals bewertet.

auch durch viele Regulierungsvorhaben geprägt, die mit bürokratischen Anforderungen einhergehen. Zwar sind viele dieser Maßnahmen nötig, nicht zuletzt zum Schutze der Gesundheit, gleichwohl sollten die Verfahren regelmäßig auf unnötige Bürokratie wie doppelte Berichtspflichten überprüft werden.



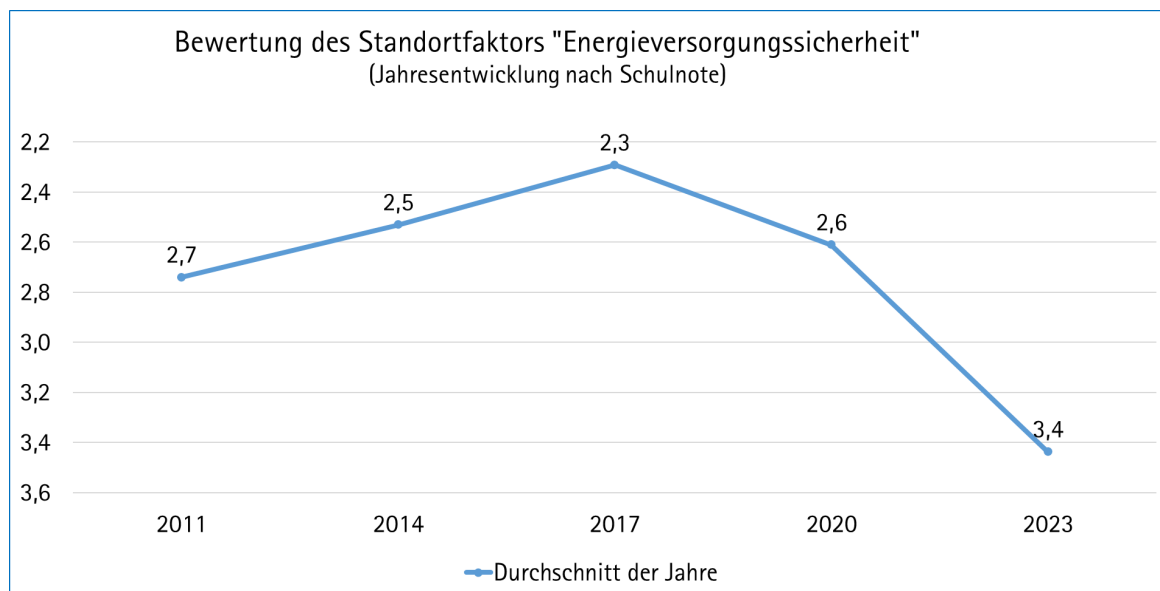
Das Bundeswirtschaftsministerium hat mit den sogenannten „Praxis-Checks“ ein Format entwickelt, bei dem im Zusammenspiel von Gesetzgebung, Vollzug und Unternehmen bürokratische Hemmnisse für einzelne Fallkonstellationen und Branchen identifiziert und anschließend Lösungsansätze gefunden werden. Allein der „Praxis-Check“ für die Installation von Photovoltaik-Anlagen hat 50 reformbedürftige Regelungen identifiziert. Daher sollten die „Praxis-Checks“ für mehr Themen und von allen Ressorts durchgeführt werden, um damit auch die Umsetzbarkeit und Akzeptanz in der Wirtschaft zu erhöhen. Hierfür ist es genauso wichtig, auch bei neuen Gesetzgebungsvorhaben einen „Praxis-Check“ mit den Betroffenen durchzuführen.



Energiekosten bremsen Unternehmen aus

Bezahlbare Energie ist der Dreh- und Angelpunkt für die Produktion, Weiterverarbeitung und den Vertrieb hierzulande. Die Betriebe stufen die Höhe der Energiekosten mit 5,0 (2020: 4,5) als mangelhaft ein. Der Standortfaktor Energiekosten rutscht damit unter die schlechtesten drei der Standortfaktoren. Noch gravierender fällt die Einschätzung durch die energieintensiven Branchen wie dem Ernährungsgewerbe (5,4), der Metallerzeugung und -bearbeitung (5,3) oder der Gummi- und Kunststoffindustrie (5,2) aus.

Um die Energiekosten dauerhaft zu reduzieren, ist es umso wichtiger, das Energieangebot auszuweiten, sowie die verbleibenden Abgaben und Umlagen in den Bundeshaushalt zu übernehmen. Dabei sollte der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien, etwa durch [Strompartnerschaften](#) im Fokus stehen. Unter dem Strich würde dies den Strom in der Breite der Wirtschaft bezahlbarer machen. Immerhin war angekündigt, die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe 2024 auf den europäischen Mindestwert zu senken und dadurch insbesondere den industriellen Mittelstand zu entlasten. Selbst wenn diese Entlastung kommt, wird sie durch massiv steigende Netzentgelte überkompensiert.

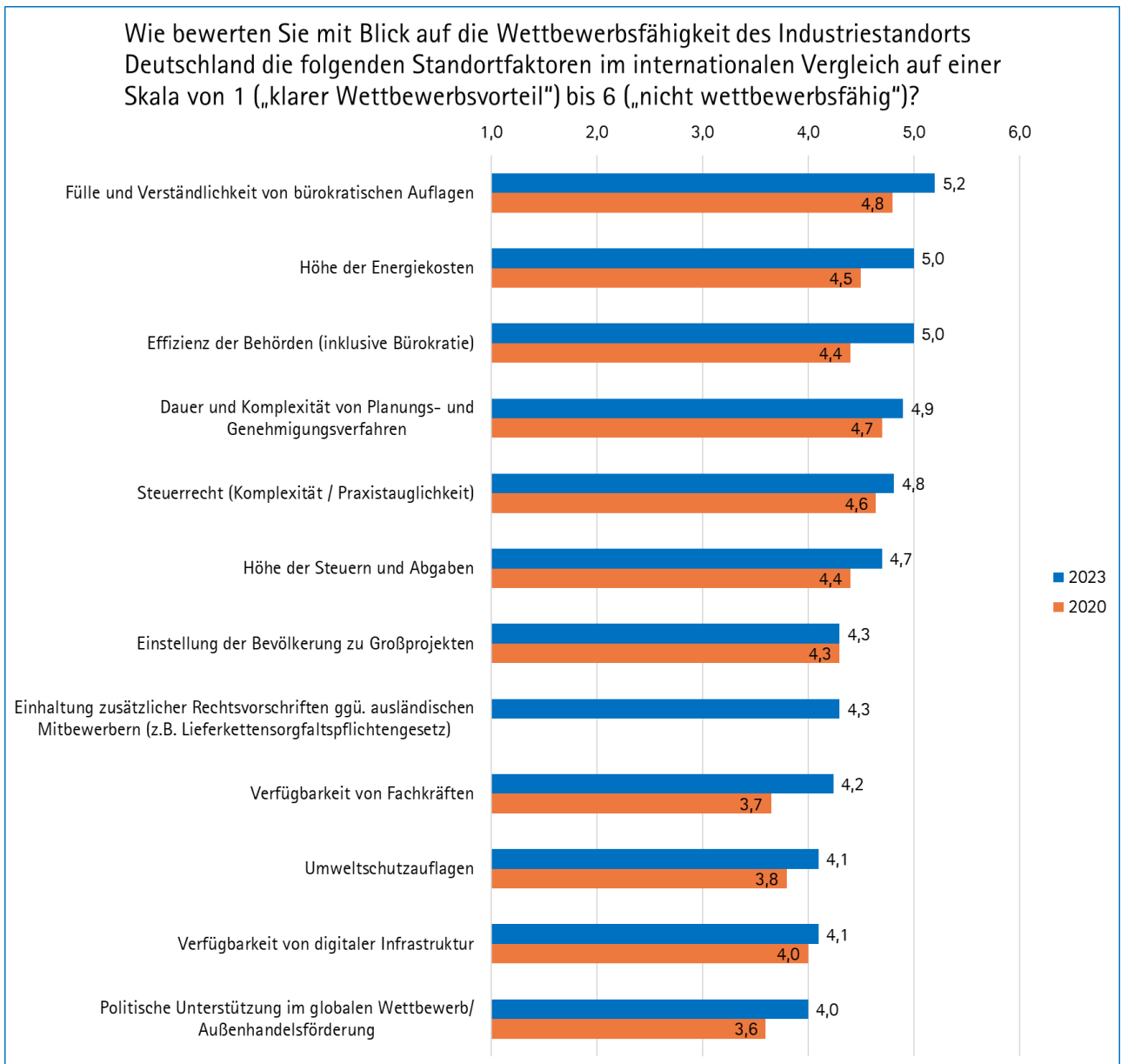


Neben den Energiekosten bereitet auch die Energieversorgungssicherheit den Unternehmen Sorgen. Zwar fällt die Einschätzung mit 3,4 deutlich besser aus als die Bewertung des Standortfaktors „Höhe der Energiekosten“, jedoch verschlechtert sie sich deutlich gegenüber der Vorumfrage (2,6). Insbesondere das Ernährungsgewerbe (3,8), die Verkehrs- und Logistikbranche (3,7) und der Handel (3,6) befürchten Engpässe in der Energieversorgungssicherheit.

Planungs- und Genehmigungsverfahren bleiben Dauerbaustelle

Die Bewertung des Standortfaktors „Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren“ verschlechtert sich weiter auf 4,9 (nach 4,7). Mit 5,1 und 5,2 vergeben die Unternehmen aus den Branchen Bau und Verkehr/Logistik abermals schlechtere Einstufungen. Bund und Länder haben aktuell mit dem Pakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zahlreiche Maßnahmen politisch beschlossen. Diese müssen nun ohne Einschränkungen und so schnell wie möglich in allen relevanten Gesetzen des Planungs- und

Genehmigungsrechts umgesetzt werden. Dazu gehören etwa die Genehmigungs- oder Zustimmungsfiktion, wonach die Genehmigung oder Zustimmung der Behörde nach Ablauf einer Frist als erteilt gilt, die Erleichterung des vorzeitigen Baubeginns, bevor eine Genehmigung vorliegt sowie eine einmalige frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und Fristverkürzungen in den Verfahren. Die frühe Einbindung der Bevölkerung könnte helfen, die Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten zu verbessern. Dieser Standortfaktor wird abermals mit schlechten 4,3 bewertet (2017: 4,0).



Steuerbelastung im internationalen Vergleich zu hoch

Die Komplexität und Praxistauglichkeit des Steuerrechts benoten die Unternehmen erneut schlechter als in der Vorumfrage mit 4,8 (nach 4,6). Bei den Unternehmen bis 250 Mitarbeitende fällt die Einschätzung mit 4,9 sogar noch etwas schlechter aus – dies zeigt, dass sich KMU überproportional von Bürokratie belastet sehen. Umso wichtiger ist es, mit dem avisierten Bürokratielastungsgesetz IV spürbar das Steuerrecht und vor allem dessen Anwendung zu

vereinfachen. So könnte z. B. das komplexe Formular Einnahme-Überschuss-Rechnung, welches Kleinunternehmen anwenden, in den allermeisten Fällen auf wenige Berichtszeilen zusammengefasst werden. Auch den Standortfaktor „Höhe der Steuern und Abgaben“ bewerten die Unternehmen mit 4,7 deutlich schlechter als zuletzt (2020: 4,4), Unternehmen bis 250 Mitarbeitende sogar noch etwas schlechter (4,8 nach 4,5 in 2020). Um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken – und damit auch die Transformation der Unternehmen in Richtung Klimaneutralität und Digitalisierung zu unterstützen, sollte die nominale Steuerbelastung rechtsformunabhängig von derzeit i.d.R. 30 Prozent und höher auf ein wettbewerbsfähiges Niveau reduziert werden. Das Belastungsniveau in anderen Industriestaaten liegt in vielen Fällen nicht höher als bei 25 Prozent. Daran sollte sich der Gesetzgeber orientieren.

Bedarf für mehr und gut ausgebildete Fachkräfte steigt

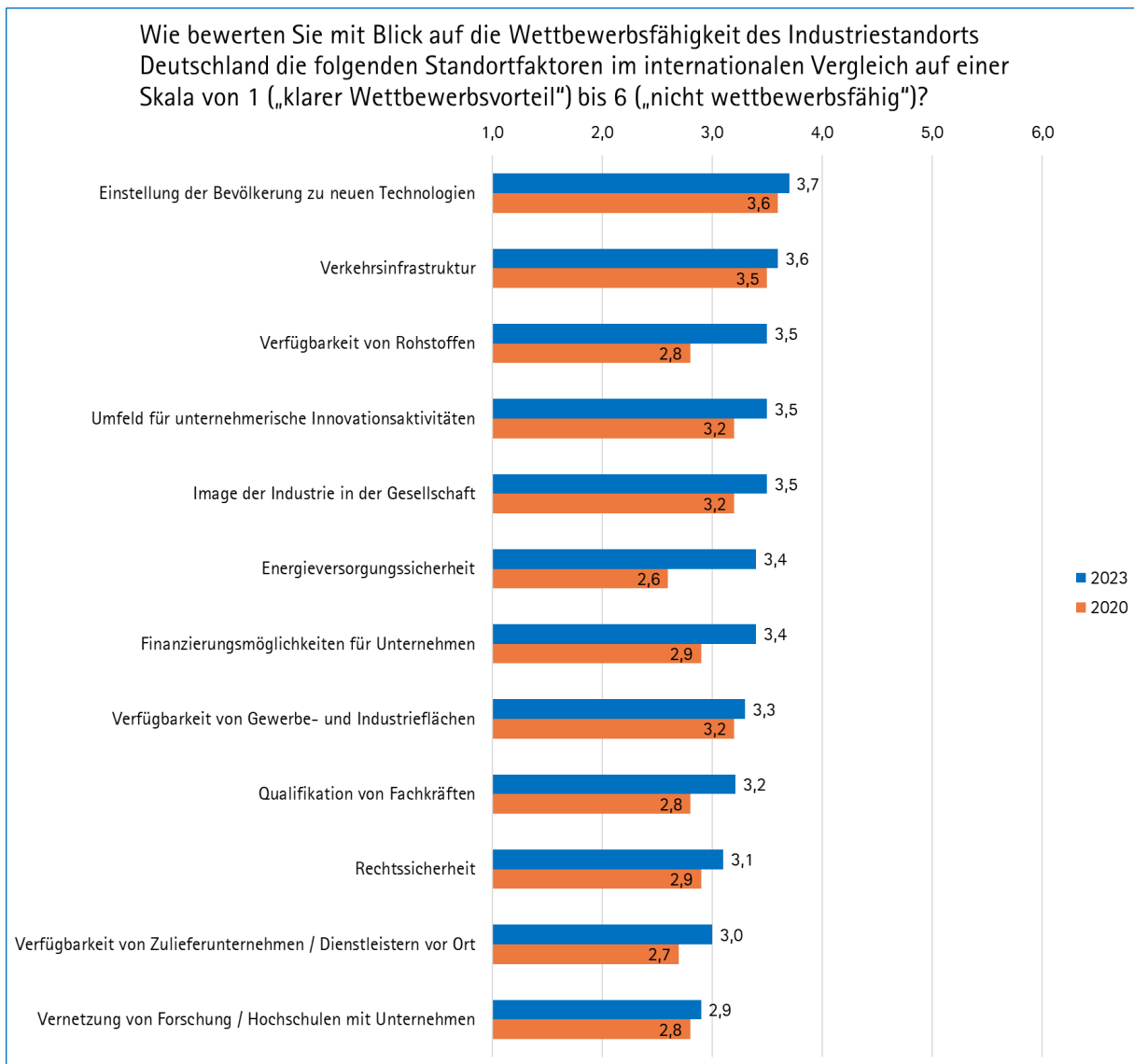
Der Fachkräftemangel bleibt ein TOP-Thema für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Einschätzungen der Unternehmen zur Verfügbarkeit von Fachkräften rutschen auf 4,2. Noch gravierender fallen die Bewertungen bei Verkehr / Logistik (4,6), in der Metallerzeugung- und Bearbeitung (4,5) sowie in Bau und Handel aus (jeweils 4,4). Ohne genügend Fachkräfte ist auch die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort eingeschränkt. Mithin wird dieser Standortfaktor von den Betrieben erneut schwächer eingeschätzt (3,0 nach 2,7). Das zeigt, wie wichtig es ist, durch geeignete Maßnahmen die Fachkräftegewinnung der Unternehmen zu unterstützen. Dazu zählen erleichterte Verfahren bei der Zuwanderung, eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Ausweitung von Beschäftigung Älterer. Handlungsbedarf besteht zudem bei der Qualifikation der Fachkräfte. Sie wird mittlerweile nur noch mit 3,2 nach zuvor 2,8 bewertet, bei den Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitenden sogar mit einer 3,3 (Vorumfrage 2,9). In vielen Fällen mangelt es an der Ausbildungsstartkompetenz als wichtige Basis für die Qualifikation der Fachkräfte, die oftmals von den Betrieben aufgefangen werden muss. Hierunter darf die Ausbildung nicht leiden. Vielmehr gilt es Aus- und Weiterbildung zu stärken, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. DIHK und IHKs haben daher im Frühjahr 2023 eine bundesweite Kampagne gestartet, die Schulabgänger und deren Eltern für eine IHK-Ausbildung begeistern will. Bundesregierung und Bundesländer sollten zudem den im Koalitionsvertrag angekündigten Berufsschulpakt und die hierzu notwendigen Investitionen in den Berufsschulen rasch in Angriff nehmen.

Umweltschutzaufgaben werden anspruchsvoller

Mit 4,1 erhält der Standortfaktor „Umweltschutzaufgaben“ von den Betrieben ebenfalls eine schwächere und wenig vorteilhafte Bewertung als zuletzt (3,8). Die Chemie- und Pharmabranche, die Sparte Verkehr/Logistik (jeweils 4,3) sowie der Bau (4,2) geben sogar eine noch schlechtere Einschätzung ab. Die Umweltschutzaufgaben sind durch europäische und nationale Regelungen vielfach komplexer in der Umsetzung geworden. Beispiele hierfür sind etwa die Verpackungsrichtlinie mit Vorgaben für den Verkauf von Einweg- und Mehrwegverpackungen, Berichtspflichten unter der EU-Taxonomie oder der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive CSRD). Vor allem durch die Nachhaltigkeitsberichterstattung entstehen neue Anforderungen, die über die Wertschöpfungskette zunehmend auch bei eigentlich von der Richtlinie ausgenommenen KMU ankommen.

Defizite bei der digitalen Infrastruktur und der Verkehrsinfrastruktur

Eine nur ausreichende Benotung geben die Unternehmen der digitalen Infrastruktur (4,1 nach zuvor 4,0) und der Verkehrsinfrastruktur (3,6 nach zuvor 3,5). Von Breitband bis Wasserstraßen bestehen erhebliche Infrastrukturdefizite. Dazu zählen die flächendeckende Verfügbarkeit von Glasfaser- und Mobilfunknetzen, eine ausreichende Ladeinfrastruktur für mehr Elektromobilität hierzulande sowie der Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur. Dies sollte schnell angegangen werden – neben der Sanierung und Beseitigung der allseits bekannten Engpässe in der Verkehrsinfrastruktur, ob Straße, Schiene oder Wasserstraße.



Mehr Handelsabkommen und weniger Bürokratie im Außenhandel nötig

Die „Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/Außenhandelsförderung“ wird von den Unternehmen nur noch mit 4,0 bewertet (2020: 3,6). Die deutschen Unternehmen agieren in einem Umfeld, das einerseits von einem weltweit steigenden Protektionismus geprägt ist und andererseits erschweren die deutsche und europäische Außenhandelsbürokratie wie z. B. CBAM oder das Lieferkettengesetzspflichtenengesetz den Außenhandel. Die Einhaltung

zusätzlicher Rechtsvorschriften im Vergleich zu ausländischen Mitbewerbern wie z. B. das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz benachteiligt die Unternehmen. Dieser Standortfaktor wurde erstmals befragt und auf Anhieb mit einer fast mangelhaften 4,3 eingestuft. Die exportorientierte deutsche Industrie ist auf eine unbürokratische Ausgestaltung des Außenhandels angewiesen, aber auch auf Handelsabkommen mit wichtigen Handelspartnern, um die Weltmärkte für Produkte „Made in Germany“ zu öffnen und auch, um Lieferketten abzusichern und zu diversifizieren.

Zugang zu heimischen Rohstoffen verbessern

Für ihre Rohstoffversorgung sind die Unternehmen sowohl auf Importe als auch auf heimische Quellen angewiesen. Die aktuelle Bewertung der Unternehmen zur Verfügbarkeit von Rohstoffen sackt deutlich nach unten (3,5; 2020: 2,8). Noch schlechter fällt die Einschätzung in der Sparte Verkehr/Logistik (3,9) und im Bau (3,7) aus. Hier besteht vor allem Bedarf für heimische Rohstoffe wie z. B. Kies oder Sand. Trotz seiner Bedeutung steht der einheimische Bergbau vor immer höheren Hürden und Barrieren durch die kontinuierliche Verschärfung komplexer Umweltauflagen und Bürokratisierung von Genehmigungsverfahren bis hin zu Verboten. Eine Modernisierung des Bundesberggesetzes ist im Koalitionsvertrag vorgesehen und sollte zusammen mit der Wirtschaft in Angriff genommen werden. Der Auf- bzw. Ausbau bi- und multilateraler Partnerschaften im Rohstoffbereich kann ein wichtiger Baustein sein, um die Importe von Rohstoffen zu erleichtern. Von besonderer Bedeutung ist hierbei der rasche Abschluss von Handels- und Rohstoffabkommen mit wichtigen Partnerländern, insbesondere den USA, in Lateinamerika, im Indopazifik und Afrika.

Rechtssicherheit bleibt Dauerthema

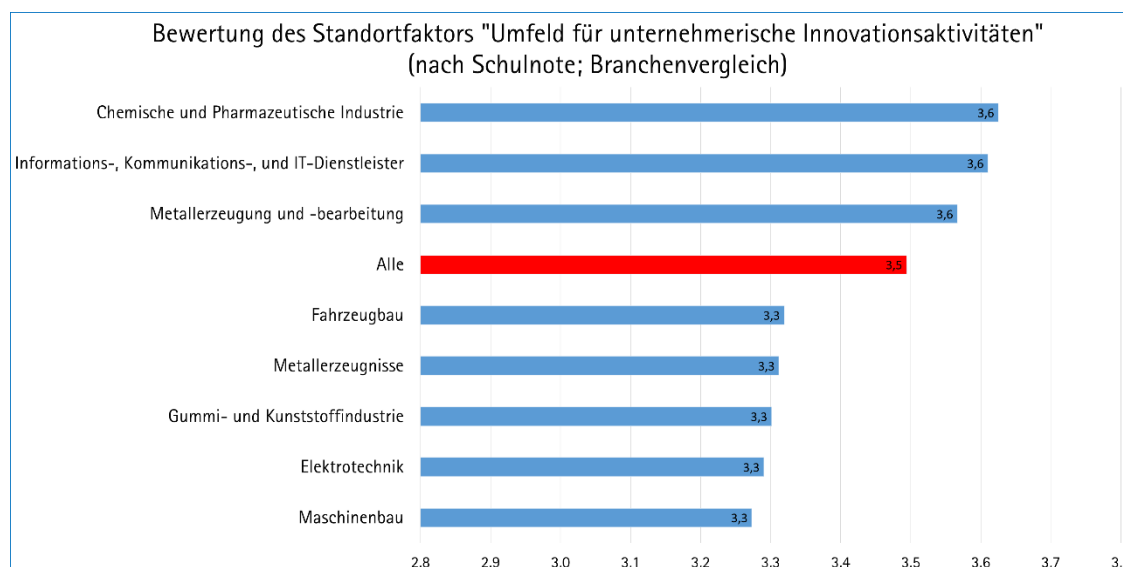
Die Rechtssicherheit erhält im Vergleich der 24 Standortfaktoren immerhin noch eine befriedigende Bewertung 3,1 (nach 2,9 in 2020). Erneut zeigen sich größere Unternehmen mit der Rechtssicherheit hierzulande etwas zufriedener als die kleineren Unternehmen (Note 2,6 für Unternehmen ab 500 Mitarbeitende, Note 3,2 für KMU bis 250 Mitarbeitende). Zahlreiche Gesetze arbeiten aber mit unbestimmten Rechtsbegriffen. Dies bedeutet vor allem für Unternehmen ohne Rechtsabteilung erhöhte Rechtsunsicherheit, da sie Spielräume weniger gut einschätzen können.

Innovationen boosten – durch ein verbessertes Umfeld

Die Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie schätzen den Standortfaktor „Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten“ mit 3,5 als nur noch ausreichend ein (2020: 3,2). Kleinere Unternehmen bis 50 Mitarbeitende geben abermals die schlechteste Bewertung im Vergleich der Größenklassen ab (3,6, Vorumfrage: 3,3), während Betriebe ab 250 Mitarbeitenden das Umfeld hierzulande mit 3,2 etwas besser einschätzen. Das Umfeld für Innovationen hat sich im Vergleich zur Vorumfrage zwar dahingehend verbessert, dass den Unternehmen zur Unterstützung ihrer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben seit 2020 steuerliche Vorteile gewährt werden, allerdings nutzen diese noch zu wenig Unternehmen. Vielfach ist die Forschungszulage den Unternehmen noch zu unbekannt oder sie wird als zu bürokratisch wahrgenommen.² Auch beim Förderungsprogramm „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) gab es zuletzt Herausforderungen. Nach einem zwischenzeitlichen Antragsstopp und Einschränkungen bei der

² Vgl. [DIHK-Kurzbefragung zur Forschungszulage \(2022\)](#)

Beantragung, sind pro Betrieb seit Mitte September 2023 wieder zwei Bewilligungen innerhalb von 12 Monaten möglich. Im Branchenvergleich beurteilen die Elektrotechniker, Maschinenbauer und Fahrzeugbauer die innovativen Möglichkeiten mit jeweils 3,3 etwas besser. Sie tätigen auch rund drei Viertel der FuE-Aufwendungen im Verarbeitenden Gewerbe.³ Etwas schlechter als der Schnitt bewerten Pharma und Chemie sowie die Informations-, Kommunikations- und IT-Dienstleister das Umfeld (jeweils 3,6).



Leicht schlechter schätzen die Unternehmen die Vernetzung von Forschung und Hochschulen mit Unternehmen ein (2,9 Vorumfrage 2,8). Dieser Standortfaktor erhält im Vergleich der Standortfaktoren den besten Platz im Ranking. Der Maschinenbau, die Elektrotechnik (jeweils 2,7) sowie Chemie und Pharma (2,6) schätzen diese Kooperationsmöglichkeiten sogar noch etwas besser ein. Auch hier zeigt sich, dass mit steigender Unternehmensgröße die Bewertung dieses Standortfaktors besser ausfällt. Gerade die größeren Unternehmen (Note 2,6 über 500 Mitarbeitenden) sind für die Wissenschaft gern gesehene Kooperationspartner nicht zuletzt aufgrund der finanziellen Möglichkeiten.⁴

Image der Industrie und Akzeptanz für neue Technologien ausbaufähig

Die Wahrnehmung der Industrie in der Gesellschaft verschlechtert sich indes weiter (3,5, 2020: 3,2). Die Unternehmen in der Gummi- und Kunststoffindustrie (3,8), in der Chemie- und Pharmabranche (3,8) sowie in der Metallerzeugung- und Bearbeitung (3,7) schätzen das Image sogar noch etwas schlechter ein. Steigende Energie- und Rohstoffpreise machen diesen Branchen im Industrievergleich stärker zu schaffen, wie auch die aktuelle DIHK-Konjunkturumfrage vom Herbst 2023 zeigt.⁵ Diese Betroffenheit und deren Auswirkungen zeigen sich auch verstärkt in der Öffentlichkeit. Auch der Standortfaktor „Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien“ wird schwächer bewertet (3,7 nach 3,6). In der Chemie- und Pharmabranche (Note: 4,1), im Ernährungsgewerbe (3,8) sowie bei den Informations-, Kommunikations-, und IT-Dienstleistern (3,8) fallen die Einschätzungen noch skeptischer aus. Gerade in diesen Branchen unterliegen neue technologische Entwicklungen – sei es bei der Medikamentenherstellung, bei der Herstellung von Lebensmitteln oder bei der Anwendung von Künstlicher Intelligenz – besonderem

³ Vgl. Stifterverband (2023)

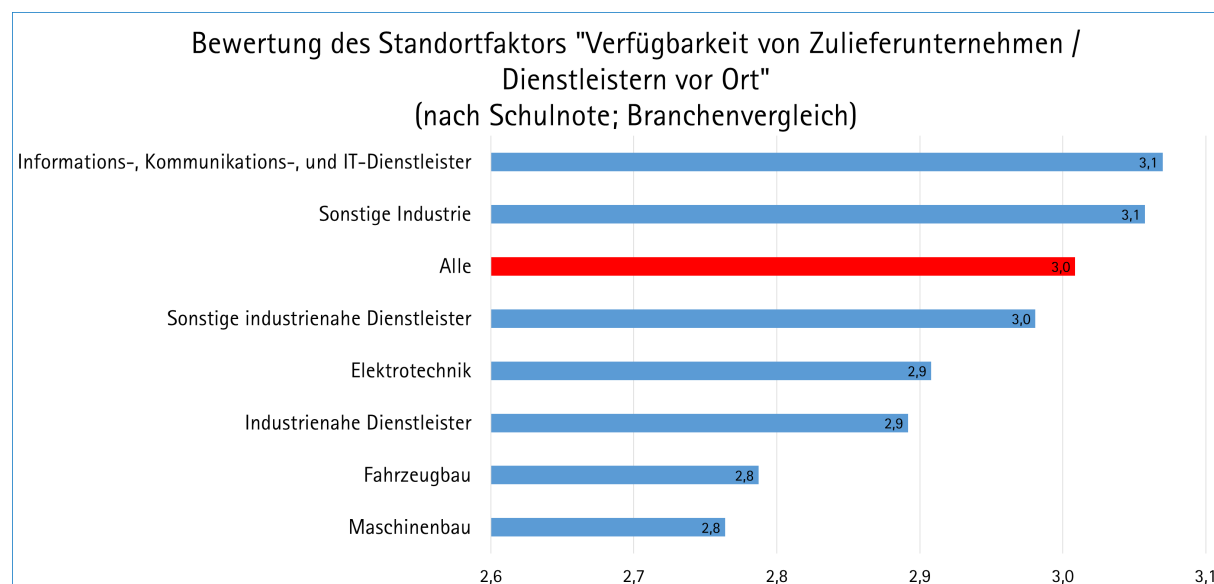
⁴ Vgl. DIHK-Innovationsreport 2023

⁵ Vgl. DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2023

Augenmerk. Regionale Industrieinitiativen spielen vor diesem Hintergrund eine wichtige Rolle, um den Stellenwert der Industrie für Wertschöpfung, Innovationen und Beschäftigung aufzuzeigen.⁶

Netzwerk Industrie als regionaler Anker

Die Unternehmen schätzen die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Dienstleistern vor Ort. Der Standortfaktor erhält eine 3,0 (2020: 2,7) – und damit einer der besseren Bewertungen. Noch besser fallen die Einschätzungen im Fahrzeug- und Maschinenbau (jeweils 2,8), in der Elektrotechnik sowie bei den industrienahen Dienstleistern aus (jeweils 2,9). Die regionale Nähe von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern stabilisieren vielfach Wertschöpfungsketten am heimischen Standort. Dafür benötigen die Unternehmen allerdings genügend verfügbare Gewerbe- und Industrieflächen. Dieser Standortfaktor erhält mit 3,3 (nach zuvor 3,2) ebenfalls eine schwächere Bewertung. Unternehmen aus der Sparte „Verkehr / Logistik“ vergeben sogar eine 3,8. Auch der Bau, der auf verfügbare Flächen angewiesen ist, gibt mit 3,7 eine deutlich schlechte Bewertung ab. Unter dem Schnitt bewerten auch der Handel (3,5) sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau (jeweils 3,4) die Verfügbarkeit von Flächen. In vielen Regionen ist ein mangelndes Flächenangebot für Gewerbebetriebe und Industrie zu beobachten. Gründe dafür können die Umwandlung von Flächen für den Wohnungsbau sowie die Nutzung von Flächen für den Ausbau erneuerbarer Energien sein. Hier gehen Gewerbe- und Industrieflächenpotentiale verloren, die insbesondere vor dem Hintergrund einer flächensparenden Politik nicht ausgeglichen werden.



⁶ Vgl. <https://www.regionale-industrieinitiativen.de/>

Fragebogen

DIHK-Umfrage zum Industrie- und Innovationsstandort Deutschland 2023

1a. Wie bewerten Sie die aktuelle **Wirtschaftspolitik der Bundesregierung** mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

1b. Wie bewerten Sie die **Wirtschaftspolitik Ihrer Landesregierung** mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Ihrem Bundesland?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

2. Wie bewerten Sie mit Blick auf die **Wettbewerbsfähigkeit** des Industriestandorts Deutschland die folgenden **Standortfaktoren** im internationalen Vergleich?

Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“)

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von Fachkräften						
Qualifikation von Fachkräften						
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)						
Höhe der Steuern und Abgaben						
Höhe der Energiekosten						
Energieversorgungssicherheit						
Verfügbarkeit von Rohstoffen						
Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen						
Umweltschutzauflagen						
Qualität der Verkehrsinfrastruktur						
Qualität der digitalen Infrastruktur						

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen						
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren						
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen						
Vernetzung von Forschung / Hochschulen mit Unternehmen						
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten						
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort						
Image der Industrie in der Gesellschaft						
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten						
Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien						
Rechtssicherheit						
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/ Außenhandelsförderung						
Einhaltung zusätzlicher Rechtsvorschriften ggü. ausländischen Mitbewerbern (z. B. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)						

Angaben zum Unternehmen

Branchen

1.

Bau, Industrie => weiter mit 1.1, Handel, Dienstleistungen => weiter mit 1.2, Sonstige

1.1

Chemische und Pharmazeutische Industrie, Elektrotechnik, Energieversorgung, Ernährungsgewerbe, Fahrzeugbau, Glas, Keramik und Steinverarbeitung, Gummi- und Kunststoffindustrie, Maschinenbau, Medizintechnik, Metallerzeugnisse, Metallerzeugung und -bearbeitung, Papier- und Druckgewerbe, Textil, Bekleidung und Ledergewerbe, Sonstige Industrie

1.2

Industrienahe Dienstleister, Informations-, Kommunikations-, und IT-Dienstleister, Verkehr / Logistik, Sonstige industrienahe Dienstleister, Sonstige Dienstleister

Anzahl der Mitarbeiter

1-49	50-99	100-249	250-499	über 500
------	-------	---------	---------	----------

Methodik

Die Umfrage hat vom 10. Juli bis zum 8. September 2023 mit Unterstützung der 79 Industrie- und Handelskammern stattgefunden. Deutschlandweit haben 2.272 Unternehmen an der Umfrage teilgenommen. Die Befragung hat zum sechsten Mal stattgefunden, nach 2008, 2011, 2014, 2017 und 2020. Nach Unternehmensgrößenklasse verteilen sich die Antworten wie folgt: 1–49 Beschäftigte (55,5%), 50–99 Beschäftigte (12,6%), 100–249 Beschäftigte (12,6%), 250–499 Beschäftigte (6,2%), über 500 Beschäftigte (13,0%).

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Bereich Energie, Umwelt, Industrie – Berlin 2023

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Dr. Susanne Gewinnus, Dr. Sebastian Bolay

Bildnachweis

© Getty Images

Cover: Friedemann Encke, DIHK

Stand

Dezember 2023